

geschlossen werden muss, wird hart und schwer sein, und seine Formen lassen sich heute nur ahnen. Unvorbereitet wird er die Ruhrbergarbeiter nicht vorsinden. Trotz der erst kurzen Tätigkeit, die die Betriebsräte auf den Ruhrzeichen hinter sich haben, hat sie ihnen Erfahrung, Kenntnisse und Einblicke in die Bergbauverhältnisse gewährt, die die Durchführung der Sozialisierung wesentlich erleichtern werden. Seit der Tagung des internationalen Bergarbeiterkongresses in Genf wird es im Ruhrrevier von Tag zu Tag lebendiger. Nicht etwa in Streiks oder Putschern, sondern in nüchterner, klarer, aber zielbewusster Überlegung, der Dingewartend, die da nur kommen werden, bereitet sich die Knappenschaft vor. Allen Bergarbeiterorganisationen voran, hat der alte Bergarbeiterverband die Sozialisierungsfrage von neuem ausgerollt und auf der letzten Tagung in Bochum, auf der alle Bezirke Deutschlands vertreten waren, einmütig das Signal zum Vormarsch in der Sozialisierungsfrage gegeben. Das Signal lautet: Sofortige Sozialisierung des Bergbaus unter völliger Ausschaltung des Privatkapitals. Wurde dieses Signal von den Ausgebeuteten einmütig und freudig aufgenommen, so erregte es, wie nicht anders zu erwarten war, bei den Ausbeutern mächtiges Knurren und Murren. Ihr Grossen ist der beste Beweis dafür, dass sie die Sozialisierung fürchten und sie mit allen Mitteln zu verhindern suchen werden. Noch ist die Durchführung der Sozialisierung nicht da, noch sind die großen Widerstände, die die Bourgeoisie ihr entgegenzusetzen vermag, nicht überwunden. Über der revolutionären Wille und die elementare Kraft des Proletariats wird über alle diese Widerstände hinwegschreiten. Der Wille des Volkes wird siegen. Welche Formen der Kampf um die Sozialisierung annehmen wird, lässt sich im voraus schlecht sagen; es hängt alles von den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen, der Geschlossenheit des Proletariats sowie von den Widerständen der Goldsündige ab.

Während so die Bergarbeiter im Ruhrrevier die Belegschaftsversammlungen läßen und das vordereilen, was zur Durchführung der Sozialisierung notwendig ist, streiten sich ihre Genossen: „für oder gegen Moskau“. Richtig müsste es für oder gegen die Moskauer Bedingungen heißen. Während in Deutschland die eigentliche, die soziale Revolution vor der Tür steht und von dem deutschen Proletariat durchgeführt werden muss, erwarten die Befürworter der Bedingungen alles Heil von Moskau!

Der Streit, den die Befürworter der Bedingungen angezettelt haben, wird höchstlich keinen Schaden und kein Hindernis im Befreiungskampf anrichten dürfen. Es hat aber jetzt schon den Anschein, und wenn nicht bald Vernunft und Einsicht in unsre Reihen eintreten, so könnte das Proletariat um die Erfüllung der wichtigsten Forderung, um die Sozialisierung des Bergbaus, um die Expropriation der Expropriateure, um die Früchte, auf die es seit Jahrzehnten die ganze Hoffnung gesetzt hat, gebracht werden. Wer trägt die Verantwortung dafür?

Wir in Deutschland müssen selbst die Revolution zu Ende führen und daher ist es unverantwortlich, heute schon für oder gegen Moskau zu streiten und die Kraft des deutschen Proletariats zu schwächen. Sollte der Kampf, der in den nächsten Wochen oder Monaten für die Sozialisierung in ganz Deutschland einsetzt, durch den Streit beeinträchtigt werden, so tragen für die Folgen dieserjenigen die Verantwortung, die alles Heil von Moskau erwarten, durch ihr Vorgehen das deutsche Proletariat in seiner Aktionsfähigkeit schwächen und so die notwendige deutsche Revolution hinterziehen.

Die Finanzkonferenz in Brüssel.

Kommissionsarbeit. — Magere Ergebnisse.

Brüssel, 5. Oktober. Die Finanzkonferenz wird am Mittwoch wieder zu einer öffentlichen Sitzung zusammengetreten. Die Ausschüsse arbeiten inzwischen in geschlossenen Sitzungen an der Ausarbeitung der Entschließungen. Die Arbeiten der Ausschüsse für öffentliche Finanzen, Wechsel und internationale Handel sollen bereits weit vorgeschritten sein. Eine ermächtigte Berlönlichkeit bestätigt, dass die Formeln, die die drei Ausschüsse ausspielen würden, theoretischen Charakter haben und in keiner Weise die Urheber verpflichten würden. — Die Agentur Havas glaubt zu wissen, dass man den Weltausbund um seine Intervention bei den Regierungen zwecks Abbaues der Kosten gebeten habe. In dieser Angelegenheit werde aber in dem Ausschuss unter dem Vorsitz des französischen Delegierten Cellier noch verhandelt, so dass man greifbare Ergebnisse erwarten dürfte. Die Notwendigkeit der Schaffung eines ständigen internationalen Finanzorganismus sei von der Konferenz anerkannt worden, und man lasse jetzt nach Modellitäten dieses Organismus. Es sei sehr wahrscheinlich, dass dieser der Einrichtung des internationalen Arbeitsbureaus entsprechen werde, wie er in Genf tote.

Paris, 5. Oktober. Die Agence Havas verbreitet aus Brüssel die Nachricht, die Mitglieder der Finanzkonferenz sähen in den Meldungen aus Berlin und Paris über eine eventuelle wirtschaftliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland eine Rechtfertigung der Anstrengungen, die die Konferenz gemacht habe, um die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher und politischer Beziehungen in Europa und der ganzen Welt zu erleichtern. Es sei nicht erstaunlich, dass gewisse Gerüchte ähnlich aufgenommen würden, wie das, die Inflation Deutschlands zum Weltausbund in der nächsten Zukunft könne eine der Folgen der Brüsseler Konferenz sein.

Für Handelsfreiheit.

Brüssel, 4. Oktober. Der Ausschuss der Finanzkonferenz für den internationalen Handel hat eine Entschließung für Handelsfreiheit fast einstimmig angenommen.

Der amerikanische Finanz- und Wirtschaftsbericht.

Als letzter der auf der Konferenz vertretenen Mächte hat jetzt auch Amerika, wie wir der Frankfurter Zeitung entnehmen, seinen Bericht über die Finanz- und Wirtschaftslage überreicht. Der Geist internationaler Solidarität kommt darin zum Ausdruck, dass wo alles über die Ungunst der Verhältnisse und den Druck wirtschaftlicher Sorgen klug, auch die Vereinigten Staaten nicht zurückstehen wollen. So liest man mit einem Erstaunen, dass in Amerika die Leuerung die gleichen verhängnisvollen Wirkungen gehabt hat wie in andern Ländern, dass auch dort die Bevölkerung unter der Last außerordentlich schwerer Steuern leidet und diejenigen, deren Einkünfte mit der Preissteigerung nicht Schritt zu halten vermögen, großen Entbehrungen ausgezogen wären. Zum Beweis wird angeführt, dass infolge der sintenden Kaufkraft der Einflussländer die amerikanische Exportindustrie sehr daniert werde, dass Spannereien eingekloppen worden, Schuhfabriken von völliger Absatzstörung betroffen seien und die Seidenindustrie sich in schwerer Krise befindet. Dazu kämen Schwierigkeiten aus ungenügender Kohlenproduktion. Immerhin gibt der Bericht zu, dass die Krise in Amerika mit denjenigen Europas nicht vergleichbar sei.

Das zeigt auch ein Blick in das dem Bericht beigelegte, ein wenig spärliche Zahlensmaterial. Danach hat der Außenhandel die dieser Tage auf der Konferenz genannten Ziffern wesentlich

überschritten, die Ausfuhr im Jahre 1919 haben Neuntel, die Einfuhr drei Neuntel. Der Ausfuhrüberschuss beträgt rund vier Milliarden Dollar. Der Handel mit Deutschland beläuft sich auf 10 Millionen Einfuhr, 92 Millionen Ausfuhr. Ein außerordentlich günstiges Bild zeigt der Staatshaushalt. Das Auskommen aus direkten und indirekten Steuern betrug in dem am 30. Juni zu Ende gegangenen Haushalt 5,7 Milliarden, dazu noch etwa 2 Milliarden aus Abgaben der Einzelstaaten, die Ausgaben betrugen 6,7 Milliarden, darunter 1,82 für Verzinsung und 2,8 Milliarden für Amortisierung der Schulden; die Gesamtausgabe Ende 1919 25,8 Milliarden, davon nur 3,5 nicht konsolidiert. Nach den Absichten des Schakams soll die gesamte Kriegsschuld sobald wie möglich zurückgezahlt werden. Die Guthaben an auswärtige Regelungen belaufen sich auf 9,3 Milliarden.

Mit Ausnahme der Einfuhrabgaben und der Einfuhrbeschränkung für gewisse Farbstoffe sowie gegen das bolschewistische Russland ist der gesamte Handels- und Geldverkehr mit dem Ausland völlig frei. Es sind Maßnahmen in Aussicht genommen, um einer weiteren Kredit-Inflation Einhalt zu tun und die Sparsamkeit zu fördern.

Die Spaltung in Würtemberg.

Über die Tagung der Landesversammlung der württembergischen USP. in Stuttgart, auf der es zum Auszug der Gegner des Moskauer Diktats kam, wird aus Stuttgart berichtet:

Die außerordentliche Landesversammlung sollte zu den Moskauer Aufnahmehandlungen und zur Wahl von Delegierten zum Parteitag Stellung nehmen. Nach der Eröffnung der Landesversammlung wurde plötzlich von Anhängern der Moskauer Aufnahmehandlungen verlangt, dass auch die Neuwahl des Landesvorstandes vorgenommen werden sollte. Vergleichlich wurde gestellt, dass bis zur Stunde kein Mensch die Neuwahl des Landesvorstandes verlangt habe, das die Genossen im Lande deshalb auch gar keine Veranlassung hatten, vor der Beschilderung der Landesversammlung zur Neuwahl des Landesvorstandes Stellung zu nehmen und dass nach dem Parteitag von Halle die ordentliche Landesversammlung die Neuwahl des Landesvorstandes vorzunehmen habe. Die Anhänger der Moskauer Aufnahmehandlungen schenken ihren Willen durch. Darauf verlangten Mitglieder des Landesvorstandes, vom Landesvorstand vor der Neuwahl einen Bericht über die Tätigkeit des Landesvorstandes entgegenzunehmen. Die Anhänger der Moskauer Aufnahmehandlungen setzten es durch, dass auch dies billige Verlangen des Landesvorstandes abgelehnt wurde! Nun bat der Vorsitzende des Landesvorstandes die Landesversammlung um Unterbrechung der Verhandlungen auf eine halbe Stunde. Der Landesvorstand habe das Bedürfnis, sich über die neue Situation auszusprechen. Auch dieses Eruchen wurde glatt abgelehnt! Prompt wurde ferner auch das Verlangen des Landesvorstandes abgelehnt, die Delegierten zum Parteitag in Halle nach dem System der Verhältniswahlen wählen zu lassen!

Nach diesen fortgeschrittenen Vergemäldigungsaktionen der Minorität der Landesversammlung durch die Anhänger der Moskauer Aufnahmehandlungen war kein Zweck mehr daran möglich, dass die Moskauer ihre augenblickliche Macht auf der Landesversammlung strupplos dazu missbrauchen wollten, sich, bevor die württembergischen Genossen und die Gesamtpartei geholt haben, des Parteipräparates und der Zeitung zu bemächtigen, um den Kommunisten ein Angebindnis mitzubringen und die USP. Württembergs so viel wie möglich zu schädigen und zu schwächen. Es ist bezeichnend, dass zwei Mitglieder der höchsten Instanzen unserer Partei, Neimann und Böttcher, die Führer der Genossenschaft waren. Landesvorstand, Komiteekommission, Preiskommission und zwei Redakteure verliehen die Landesversammlung, die schon ganz nach dem Moskauer Diktat arbeitete, 44 Delegierte aus allen Teilen des Landes schlossen an. Insgesamt verliehen 68 Teilnehmer die Landesversammlung, außerdem viele Gäste.

Die sogenannte Linke hat dann nach dem Auszug ein Referat Stoebers entgegengenommen und einstimmig für das Moskauer Diktat resolviert. Außerdem wurde eine „Erklärung“ einstimmig beschlossen, in der das Bedauern ausgesprochen wurde, dass die Minderheit die Konferenz verlassen hat und befand wird, die Minderheit müsse sich den Mehrheitsbeschlüssen fügen. Ein Antrag Böttchers begnügt den Beschluss des Moskauer Exekutivkomitees wegen der Entsendung zweier Exekutivmitglieder nach Halle und fordert das Zentralkomitee auf, die Eintreiseerlaubnis zu erwerben.

In einer vierten Entscheidung wird gefordert, dass das Organ der USP., der Sozialdemokrat, prinzipiell und tatsächlich im Sinne des Mehrheitswillens, der Anschlussbefürworter, redigiert und von dem neu gewählten Landesvorstand und der Preiskommission die Haltung in diesem Sinne überwacht und gegebenenfalls in entsprechender Weise eingeschritten wird.

Die 44 ausgeschiedenen Delegierten haben nach einem Referat des Genossen Crispin eine Resolution gegen die Moskauer Bedingungen gefasst und dann einstimmig folgende Erklärung beschlossen:

1. Die Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratie gründet sich auf den freiwilligen Zusammenschluss derer, die die Grundsätze des Parteiprogramms der U.S.P.D. anerkennen. Diese Genossen haben dem Landesvorstand und den Genossen in den übrigen leitenden Stellen, sowie den Genossen, die als Gemeinderäte und Abgeordnete tätig sind, ihre Mandate übertragen.

2. Die Delegierten zur außerordentlichen Landesversammlung, die auch heute noch das Parteiprogramm anerkennen, stellen fest, dass sich die übrigen Delegierten durch ihre Anschauung und durch ihr Verhalten auf der Landesversammlung außerhalb der Partei gestellt haben und daher als Mandatgeber ausgeschlossen.

3. Sie beauftragen den bisherigen Landesvorstand mit der Weiterführung der Geschäfte der württembergischen Landespartei und sprechen ihm ausdrücklich ihr volles Vertrauen aus. Gegner befähigen sie die Mandate der Genossen, die in den Gemeinderäten und abgeordneten Räten tätig sind, soweit diese das Parteiprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratie anerkennen und werden dem Landessekretär Schepperle, sowie den beiden Redakteuren Schuler und Schwab ebenfalls ihr volles Vertrauen aus.

4. Die Delegierten fordern den Landesvorstand auf, sobald als möglich eine Landesversammlung einzuberufen und hierzu Vertreter aller auf dem Boden der Grundfläche der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands stehenden Ortsgruppen des württembergischen Landes einzuladen.

5. Sie fordern die Genossen im Lande, die von denen, die sich außerhalb der Partei gestellt haben, terroristisch wurden, auf, unverzüglich an den Neuaufbau der Organisation zu gehen.

Die sogenannte Linke des Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschland ist noch nicht erfüllt, sie wird sich auch fernerhin der Linke von der Geschichte übertragenen Aufgaben unterstellen: Sammlerin und Bannenträgerin des deutschen sozialistisch-revolutionären Proletariats zu sein.

Die Delegierten, die auf dem Boden der Grundfläche der Unabhängigen Sozialdemokratie stehen, scheinen von den übrigen Delegierten mit dem Gedanken, alles zu tun, um der Sache der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, die zugleich Sache der proletarischen Revolution ist, zum Siege zu verhelfen und konstituieren sich als die eigentliche Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratie Württembergs.

So lebe die Unabhängige Sozialdemokratie!

Es lebe die proletarische Revolution!

Stuttgart-Cannstatt, den 2. Oktober 1920.
Die Delegierten der außerordentlichen Landesversammlung der U.S.P.D. und dem Organisationsstatut der Württembergischen Landesorganisation stehen.

Das Zentralkomitee zu den Vorgängen in Württemberg.

Das Zentralkomitee hat am 4. Oktober dem Landessekretär Württembergs folgendes Telegramm überliefert:

„Das Zentralkomitee der U.S.P.D. erkennt die Neuwahlen der Rumpf-Landesversammlung im Schwäbischen Kreis zum Landesvorstand nicht als rechtmäßig erfolgt an. Für uns kommt nur alter Landesvorstand in Betracht. Zentralkomitee.“

Pslege des alten preußisch-deutschen Militärgeistes.

Als eine Wohltat wurde es in den Kreisen aller einigermaßen fortschrittlich Denkenden innerhalb und außerhalb Deutschlands empfunden, dass die November-Revolution den Zusammenbruch des alten preußisch-deutschen Militarismus besiegt. Die ganze Kulturwelt atmete auf, als dieses blutbefleckte, stabsbeflockte militärische System in der Versenkung verschwand. Keiner hat die November-Revolution dem Militarismus nicht vollständig den Garzen gemacht. Unter der liebevollen Pflege eines Postes ist er tatsächlich wieder großgezüchtet worden und Postes Nachfolger geben sich die redliche Mühe, ihn auch wieder voll und ganz mit dem alten Geist zu erfüllen. Einen neuen Befehl für dieses Bestreben liefert ein Befehl des Generals v. Seest, der im Vorwärts veröffentlicht wird und in seinem wesentlichen Teile also lautet:

R.W. Min.
Chef H. L.

1. Wehrkreisdo. I-VII.

1.—3. Kav.-Div.

Wahrung der Überlieferung.

Zu Kriegs. vom 5. 8. 20 Nr. 2006/7. 20. T 2. II.

Nachdem das Reichsheer gebildet ist, soll festgestellt werden, durch welche neu errichteten Truppenteile die Überlieferung des Verbändes des alten Heeres gewahrt werden soll.

Außerdem soll das dadurch zum Ausdruck kommen, dass

1. die Kompanien usw. Bezeichnungen führen sollen, die an den Truppenteilen erinnern, dessen Überlieferung sie pflegen sollen

2. dass die Mannschaften wie im alten Heere angezogen werden. Vergl. Anmerkung zu Z. IX der Kriegs. vom 8. 20 Nr. 22. 7. 20 T 2 (H. V. Bl. 20 Seite

3. die Angehörigen der Verbände ein Abzeichen tragen, das an den Truppenteilen des alten Heeres erinnert,

4. besondere Erinnerungszeichen verleihen werden, z. B. Mäuse.

Das Abzeichen der Uniform (A) soll bestehen in (V) (V) bitte ausfüllen).

Die Wehrkreiscommandos und die Kavallerie-Divisionen legen bis zum 1. 2. 1921 Überblicke nach umstehendem Muster vor.

Wer wird darauf gelegt, dass möglichst die Überlieferungen sämtlicher Truppenteile des alten Heeres gepflegt werden. Die Truppenteile des früheren XV. A. K. und vom Wehrkreiscommando IV und VI im gegenseitigen Benehmen zu berücksichtigen

Zusatz für V A und V J.

Ersatz einer Verpflichtung wegen Übernahme der Sitzungen der Truppenteile des alten Heeres usw. wird anheimgesetzt. Beleistung erbeten.

Angehängt an diesen Entwurf ist noch eine Tabelle zur Übersicht, wie die unterstellten Truppenteile die Überlieferung des alten Heeres pflegen sollen.

So arbeiten also die verantwortlichen leitenden militärischen Stellen, deren Aufgabe es eigentlich sein müsste, die Truppen mit republikanischem Geist zu erfüllen, planmäßig daran, den Geist des alten Heeres auf die Reichswehr zu übertragen und ihn dort zu pflegen. Freilich darf man vom Distelstrauch keine Helme und von wilhelminischen Offizieren keine republikanische Erziehung im Heere erwarten. Der Vorgang zeigt nur erneut, dass der neue „republikanische“ Militarismus genau so scharf bekämpft werden muss wie der alte monarchistische.

Das Arbeitslosenelend in Deutschland.

In einer Denkschrift, die demnächst im Reichsarbeitsblatt erscheinen wird, ist nach dem Hinweis darauf, dass die Bevölkerung des nach dem Versailler Friedensdiktat neu begrenzten Deutschen Reiches innerhalb einer Gesamtbevölkerung von leicht 9 Millionen die von Lohnarbeit lebenden Arbeitnehmer in der statlichen Zahl von zwölf Millionen vertreten sind, die 21 Millionen Angehörige haben. Über die Arbeitslosenjahre wird gesagt:

Die Zahl der Volksarbeitslosen, die Erwerbslosenunterstützung bezogen, betrug Anfang des Jahres 1919 insgesamt 1.100.000. Sie ging alsdann ständig zurück und erreichte ihren kleinsten Stand — 270.000 Erwerbslose — am 15. Juni d. J. Die schweren Errötlungen des Wirtschaftslebens im Frühjahr haben nunmehr ein fortgeschrittenes Anschwellen zur Folge gehabt. Am 1. September wurden 419.785 Volksarbeitslosen gemeldet. Die Steigerung wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach forsetzen, sobald die kalte Witterung zum Erlegen einzelner Saisongewerbe führt und der unvermeidliche Kohlemangel in noch stärkerem Maße als im Vorjahr zu weiteren Betriebsstillstellungen und -einschränkungen zwingt. Neben den 419.785 Volksarbeitslosen wurden deren Familienmitglieder in einer Zahl von 387.615 Personen unterstützt. Hierzu kommen die nicht Volksarbeitsfähigen, die sogenannten Kurzarbeiter. Allgemeine Zahlen über die Kurzarbeiter, die Erwerbslosenunterstützung empfangen, liegen nicht vor. Ihre Zahl wurde Anfang Juni, also vor Ausbruch der Krise, auf 100.000 Personen geschätzt. Sie dürfte Anfang September die Ziffer der Erwerbslosen erheblich überschreiten haben. Die Kosten der Erwerbslosenunterstützung beliefen sich im Monat August auf 82,5 Mill. M. V. Bei weiterer Vergrößerung der Erwerbslosigkeit wird der Aufwand nicht proportional mit der Erhöhung der Erwerbslosenziffern steigen, sondern wesentlich steigen, da in den nächsten Monaten in erhöhtem Maße mit einer Arbeitslosigkeit verheiterter Arbeitnehmer zu rechnen ist. Gänzlich bisher genannten Zahlen betreffen nur die Arbeitslosen, die aus öffentlichen Mitteln Erwerbslosenunterstützung erhalten haben und daher in der Hauptzahl zahlmäßig erfasst werden können. Der Umfang der Arbeitslosigkeit in Deutschland ist weit größer. Im Juli 1920 betrug die Zahl der Arbeitslosen insgesamt 1.118.812;